



Umhacken der Capoeira

Capoeira trifft Tipitamba – Multidisziplinäres Forschungsprojekt erhält brasilianischen Umweltpreis

Im brasilianischen Amazonasgebiet leben über eine halbe Millionen Kleinbauernfamilien vom Brandrodungsfeldbau. Bei geringer Bevölkerungsdichte und langen Bracheperioden ist dies eine ökologisch verträgliche Landnutzung. In Ostamazonien ist die Bevölkerungsdichte jedoch 15 mal höher als im übrigen Amazonien. Knappe Anbauflächen und steigende Nachfrage für Agrarprodukte führen zur Intensivierung der Landnutzung. Jedoch: Verkürzte Bracheperioden in Verbindung mit Brandrodung degradiert Böden und Brachevegetation.

CAPOEIRA

Die Brachevegetation spielt für den Ertrag im Brandrodungsfeldbau eine Schlüsselrolle. In der ostamazonischen Zona Bragantina werden seit über einem Jahrhundert Regenwaldflächen landwirtschaftlich genutzt und sind inzwischen vollständig mit Sekundärvegetation bestanden. In der Sprache der Tupi-Indianer heißt diese Vegetation „Capoeira“ („Wald der einmal war“). Da Kleinbauern immer noch von der Wirtschaftsweise im Anbau-Brache-Zyklus abhängen, muss dieser nachhaltiger und rentabler werden. Ein Projekt, das sich diesem Ziel verschrieben hat, wurde „Tipitamba“ getauft – so nennen die Tiryó-Indianer „ein Feld das einmal war“. Das Projekt, das sowohl ökologische als auch so-

zioökonomische Aspekte berücksichtigt, wird gemeinsam vom ZEF und der Embrapa Amazônia Oriental in Belém im Rahmen des Forschungsprogramms „Studies on Human Impact on Forests and Floodplains in the Tropics“ (SHIFT) durchgeführt. Finanzielle Unterstützung leisten das deutsche Forschungsministerium (BMBF) und der brasilianische nationale Forschungsrat (CNPq). Im Dezember 2002 zeichnete das brasilianische Umweltministerium das „Tipitamba“-Projekt für seine Erfolg versprechende Lösung der landwirtschaftlichen Probleme Ostamazoniens mit dem „Chico-Mendes“-Umweltpreis aus. Der Preis wurde nach dem 1988 ermordeten brasilianischen Umweltaktivisten Chico Mendes benannt.

EDITORIAL

Mangelhafte institutionelle Strukturen

Eine wichtige Ursache für viele aktuelle Probleme in Entwicklungsländern sind unzureichend funktionierende Institutionen. Die Gründe dafür sind vielfältig, aber ein entscheidender Grund ist die fehlende Fähigkeit, Institutionen auf zu bauen. Teilweise liegt dies an den Entscheidungsstrukturen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollten lokale Entscheidungsebenen institutionelle Strukturen mit gestalten. Diese Ebenen funktionieren jedoch meist mangelhaft oder existieren gar nicht. Die zentralen Verwaltungen behalten meist die Entscheidungsgewalt und delegieren Entscheidungen nicht an die mittleren Ebenen wie lokale Verwaltungen, zivilgesellschaftliche Akteure oder Nichtregierungsorganisationen. Diese haben jedoch meist eine viel bessere Einsicht in die Probleme vor Ort und in mögliche Lösungen.

Ein zweiter Aspekt von unzureichend funktionierenden Institutionen ist das geringe Verständnis dafür, welcher Art von Institutionen es überhaupt bedarf. Normalerweise erfordert dies eine gründliche Analyse, in der die möglichen Auswirkungen der verschiedenen institutionellen Modelle aufgezeichnet werden. Auf dieser Basis wird dann die optimale Option gewählt.

Ein Teil der ZEF-Forschung widmet sich der Analyse von institutionellen Fragen und der Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen. In dieser Ausgabe wird der Leser eine kleine Auswahl solcher Forschung und der bisherigen Ergebnisse finden. ■ Klaus Froberg

TIPITAMBA

Hauptziel von „Tipitamba“ (siehe auch ZEF-News Nr. 9, Februar 2002) ist es, Alternativen zur Brandrodung zu entwickeln. Die Wissenschaftler von ZEF und Embrapa wenden dazu Mulchtechnologien an und testen sie an Mais, Reis, Bohnen und Maniok. Zusammen mit dem Institut für Agrartechnik der Universität Göttingen wird mit zwei verschiedenen Häckslerkonzepten zur Mulchproduktion experimentiert. In einem einzigen Arbeitsgang wird Buschbrache zerkleinert und als Hackschnittel gleichmäßig auf dem Feld verteilt. Die so entstandene Mulchdecke verbessert die Bodenfruchtbarkeit in der Anbauperiode. Außerdem werden Düngungsstrategien entwickelt und neue Nutzpflanzensorten ausprobiert. Auch hängt die Feldvorbereitung beim Häckseln nicht mehr von der Trockenzeit ab, die Anbauperiode kann verlängert und die Fruchtfolge verändert werden. Der veränderte Anbaukalender erlaubt den Bauern das Land wesentlich flexibler zu bewirtschaften und besser auf Markterfordernisse zu reagieren. Inzwischen sind das Häckseln und Mulchen ausgereift genug, um im Rahmen der Technischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Brasilien in großem Umfang umgesetzt zu werden.

TIERHALTUNG

„Die Rinderhaltung ist bei vielen Kleinbauern in der Bragantina sehr begehrt“, sagt Barbara Rischkowsky, Tierhaltungsexpertin des Projekts von der Universität Göttingen. Rinder können bis zu 12% des Jahreseinkommens ausmachen. Sie gelten als Finanzreserve, die für größere Investitionen oder in Zeiten der Not zur Verfügung steht. Allerdings haben ein Fünftel der befragten Bauern schon einmal wirtschaftliche Einbußen durch die Rinderhaltung hinnehmen müssen. Um dieses Risiko zu minimieren, versuchen die Wissenschaftler, Weiden in den Anbau-Brache-Zyklus zu integrieren. Weiden werden deshalb mit Leguminosensträuchern oder Capoeira-Arten angereichert. Es hat sich gezeigt, dass Capoeira eine ideale Weideergänzung ist, aber gleichzeitig die schnelle Umwandlung in Ackerland zulässt, sobald sich die Weidewirtschaft für den Bauern nicht mehr lohnt. Darüber hinaus wachsen Weidegräser und Leguminosen



Häcksler in Aktion

bestens auf gemulchten Flächen. Die Mulchtechnologie ist also auch für Weiden zu empfehlen.

ÖKONOMIE

Das Projekt führt eine vergleichende betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Analyse auf Kleinbauernhöfen durch, die sowohl mit als auch ohne die neuen Technologien arbeiten. Da das Häckseln zusätzliche Kosten verursacht, ist zu vermuten, dass zunächst nur wenige Bauern die neuen Technologien anwenden werden. Das hängt jedoch davon ab, wie die Bauern den Nutzen einschätzen, wie risikofreudig sie sind und inwieweit sie Zugang zu Kapital, Arbeit und Markt haben. Erste Abschätzungen zeigen, dass Flächen- und Arbeitsproduktivität bei Häckseln und Mulchen größer sind bei der Brandrodung. Mit den höheren Erträgen steigt auch der Bedarf an Arbeitskraft für Ernte und Verarbeitung. Eine soziale Kosten-Nutzen-Analyse hat ergeben, dass die neuen Technologien auch gesellschaftliche Vorteile haben. Selbst wenn sie keinen betriebswirtschaftlichen Nutzen brächten, so würden immerhin die Kosten gespart werden, die bei Brandrodung durch unbeabsichtigte Brände, Stromausfälle, Rauchvergiftungen und eingeschränkte Luftfahrt durch Rauchentwicklung verursacht werden. Ein weiterer Vorteil ist die reduzierte Kohlenstoffemission. Für die Kombination der biophysikalischen und sozioökonomischen Faktoren auf lokaler (Bauernhof) und regionaler Ebene werden zur Zeit Modelle entwickelt.

BETEILIGUNG DER BAUERN

Das Interesse von Kooperativen, Politikern, Beratern, Kreditgebern und Nichtregierungsorganisationen an dem Projekt ist sehr groß. Dies zeigen nicht zuletzt die regelmäßig veranstalteten „Feldtage“. Die wichtigsten Partner sind jedoch die Bauern, mit denen „Tipitamba“ eng zusammenarbeitet. Schließlich sind sie es, die die Mulchtechnologie auf ihrem Land testen. Socorro Kato, Wissenschaftlerin der Embrapa, bemerkt dazu: „Um die Reaktionen der Bauern auf das Mulchen kennenzulernen, arbeiten wir mit 30 Kleinbauern zusammen. Anfangs haben wir noch die Feldvorbereitung durch Häckseln und Mulchen sowie etwas Dünger gestellt, während die Bauern das Land und die Arbeitskraft einbrachten. Besonders beeindruckt sind die Bauern, dass das anstrengende Schlagen der Brachevegetation entfällt. Ein kräftiger Mann brauchte etwa 15 Tage, um einen Hektar zu schlagen, bevor gebrannt werden kann. Jetzt häckselt der Traktor die gleiche Fläche in fünf Stunden. Da bleibt Zeit für wertvollere Arbeit. Selbst das Hacken ist weniger geworden, weil die Mulchdecke Unkraut unterdrückt. Künftig sollen die Bauern aber alle Kosten selbst tragen. Dann werden wir erfahren, ob sie bereit sind, das Verfahren auch langfristig anzuwenden.“

Manfred Denich, Konrad Vielhauer und Bettina Hedden-Dunkhorst.

Die Autor/innen sind Wissenschaftler/innen am ZEF.

Der periphere Islam Südostasiens – ein Erfolgsmodell?

Malaysia und Indonesien, zwei mehrheitlich muslimische Staaten in der Peripherie der islamischen Welt, gelten in vielerlei Hinsicht als „Erfolgsmodelle“. In erster Linie bezieht sich diese Einschätzung auf die erfolgreiche wirtschaftlich-technische Modernisierung. In zweiter Linie scheint es gelungen zu sein, die mit der Modernisierung einhergehende soziale und politische Pluralisierung abzufedern. Vor der Asienkrise 1997 stellte sich Malaysia als Beispiel einer authentischen kulturell-politischen Entwicklung dar, das nicht die westlichen Politikmodelle nachzuahmen versuchte. Sogenannte ‚asiatische Werte‘, die der ‚westlich-individualistischen‘ Lebenseinstellung entgegengesetzt seien, hätten den rapiden wirtschaftlichen Aufstieg erst ermöglicht. Im Gegensatz zur individuellen Wohlstandsmehrung, wie in westlichen Gesellschaften, stehe das Wohl des Kollektivs, also der Familie, der Unternehmen und der Nation, im Mittelpunkt der Entwicklung.

Die zum Teil von der wirtschaftlichen Asienkrise ausgelöste Krise des politischen Systems in Malaysia und der partielle Zerfall des indonesischen Staates führten die Grenzen der patriarchal-autokratischen Führung deutlich vor Augen. Dies gilt besonders für den Umgang mit der bislang unterdrückten sozialen und politischen Pluralität, die eine Vielfalt politischer, religiöser, ethnischer Gruppierungen und Bewegungen und die Wechselbeziehungen zwischen ihnen und mit dem Staat bezeichnet. Erst seit wenigen Jahren wird öffentlich über unterschiedliche Konzepte für den Umgang mit divergierenden Lebensweisen, Erwartungen und Werten in Bezug auf die jeweilige Gruppe und auf die Gesamtgesellschaft (die sogenannte „normative Pluralität“) diskutiert. Im Zuge der mangelhaften Modernisierungsleistungen und der schlechten politischen Führung in säkularen Staatssystemen finden Gruppierungen und Konzepte, die der Religion eine stärkere Rolle im öffentlichen Leben und im Staat zuweisen, zunehmend Anhang.

Eine ähnliche Entwicklungskrise und nachfolgend eine Reformdebatte setzte in der arabisch-iranischen Kernregion der islamischen Welt bereits vor etwa drei Jahrzehnten ein. Ein Vergleich von einem nominell säkularen politischen System (z. B. Tunesien, Türkei) mit einer religiös-traditionellen (Marokko) und einem religiös-modernistischen (Iran) Modell politischer Herrschaft zeigt,

dass säkulare Systeme zwar nicht schlechter, entgegen der Erwartung sozialwissenschaftlicher Modernisierungs- und politikwissenschaftlicher Demokratietheorien aber auch nicht besser abschneiden. Erst recht nicht, wenn die Erfolge bei der technisch-ökonomischen Modernisierung gegen die Defizite bei der Bewältigung der politisch-sozialen Pluralität abgewogen werden.

Der problematische Umgang mit Pluralität im arabisch-iranischen Zentrum der islamischen Welt unterscheidet sich zwar in vielerlei Hinsicht von der Situation in der südostasiatischen Peripherie. In den Reformdiskussionen beider Regionen wird jedoch auf dieselben zentralen staats-theoretischen Konzepte zurückgegriffen. Sie sind stark in der islamischen Tradition verankert und genießen dadurch einen hohen Grad an religiöser Legitimität. Vor allem im Zentrum der islamischen Welt blieben die Reformvorschläge bisher allerdings eher abstrakt.

Das Fehlen einer Tradition des fundamentalistischen Islam und das relativ freie Klima der Meinungsäußerung (insbesondere im post-Suharto-Indonesien) lassen erwarten, dass der südostasiatische Reformdiskurs konkretere Ergebnisse erzielt als derjenige im Mittleren Osten. Hinzu kommt, dass sich Malaysia und Indonesien hinsichtlich ihrer hochgradig heterogenen ethnischen und religiösen Bevölkerungszusammensetzung von den meisten Staaten in der arabisch-iranischen Kernregion unterscheiden.

Ein Forschungsprojekt am ZEF analysiert zur Zeit die für die südostasiatische Peripherie der islamischen Welt charakteristischen Probleme bei der Bewältigung gesellschaftlicher Pluralität. Es systematisiert ferner die dortigen islamischen Reformdiskurse und vergleicht sie mit jenen in der arabisch-iranischen Region. Ziel des Projekts ist es, ein allgemeines, für beide Teilregionen gleichermaßen anwendbares Konzept zum Verständnis der islamischen politischen Moderne zu entwickeln. Das Projekt wird bis Ende 2004 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. ■ Bernhard Trautner

Der Autor ist Wissenschaftler am ZEF und beschäftigt sich mit Politik und Soziologie muslimischer Gesellschaften. Im Sommersemester 2003 vertritt er den Lehrstuhl für Politikwissenschaft und -management an der Hochschule Bremen.

Publikationen

- Bierschenk, T. / Stauth, G. (eds.): „Islam in Africa“, Yearbook of the Sociology of Islam no. 4, (2002), Münster: LIT
- Chinsinga, B.: „The Politics of Poverty Alleviation in Malawi: A Critical Review.“ In: A Democracy of Chameleons; Politics and Culture in New Malawi, Englund, H., (ed.), Nordiska Afrikainstitutet, Uppsala (2002), pp. 25-42.
- Gorfu, A., Kühne, R.F., Tanner, D.G. and Vlek, P.L.G.: „Recovery of 15N-labelled urea applied to wheat (*Triticum aestivum* L.) in the Ethiopian highlands as affected by Pfertilization“, in: J. Agronomy and Crop Science 189 (2003), pp. 30-38.
- Korf, B. and Bauer, E.: „Food Security in the Context of Crises and Conflict: Beyond Continuum Thinking“, in: Gatekeeper Series 106, London (2002): iied.
- Micevska, M.: „Transition Experience and Potential for Sustainable Economic Growth of Macedonia“, in: Economic and Business Review, Volume 4, Number 3-4 (2002), pp.309-334.
- Mitra S., Wassmann, R., Jain, M.C. and Pathak, H.: „Properties of rice soils affecting methane production potentials: 1. Temporal patterns and diagnostic procedures. 2. Differences in topsoil and subsoil“, in: Nutrient Cycling in Agroecosystems 64 (2002), pp. 169-182 and pp.183-191.
- Schoeller-Schletter, A.: „Einflußnahme auf Entscheidungen staatlicher Organe als Problem für Demokratie und Rechtsstaat - Zur Frage von Strukturschwächen. Beitrag der Rechtswissenschaft zur Entwicklungsforschung“, in: Kaiser, M. (ed.), Weltwissen. Entwicklungsarbeit in der Weltgesellschaft, Bielefeld (2002), pp. 275-310.
- Song, G.-S., and Bertolini, R.: „Information and communication technologies (ICTs) for the rural development: an example from rural Laos“, in: Landnutzung und Landentwicklung 43 (2) (2002), pp. 64-70.
- Youkhana, E. und van Edig, A.: „Arme und Umwelt - Verlierer der Wasserprivatisierung“, in: Kaiser, M. (ed.): Weltwissen. Entwicklungsarbeit in der Weltgesellschaft, Bielefeld (2002), pp. 245-272.
- Virchow, D. (ed.): „Efficient Conservation of Crop Genetic Diversity: Theoretical Approaches and Empirical Studies.“ Springer-Verlag Berlin Heidelberg (2002), pp: 247.
- Zhaohua, L. and Denich, M.: „Elevation diversity of arrow bamboo (*Fargesia spathacea*) communities on Mount Shennongjia“, in: J. For. Res. 13(3), (2002), pp. 171-176.

Schutz der Natur vor den Menschen oder durch die Menschen? Das Mensch-Park-Verhältnis in Indien

Der Schutz natürlicher Lebensräume ist für die Erhaltung der Artenvielfalt unabdingbar. Der Naturschutzansatz, der das internationale Denken im vergangenen Jahrhundert geprägt hat, stellt den Menschen als Eindringling in die Natur dar und bewertet die „unberührte Natur“ als ein Ideal, das es zu bewahren gilt. Während dieses Schutzkonzept in den industrialisierten Ländern, wo es entwickelt wurde, angebracht sein mag, führt die Umsetzung in Entwicklungsländern zu großen Problemen. Denn ein hoher Anteil der Bevölkerung in Entwicklungsländern ist beim Verdienen seines Lebensunterhalts abhängig von natürlichen Ressourcen. Wie kann das Ziel des Naturschutzes erreicht werden, ohne die Existenz dieser Menschen zu gefährden?

ZEF führt in Indien eine Studie durch, die die Probleme hinter einer zunächst vielversprechenden Politik analysiert. Während Indiens offizielle Naturschutz- und Forstpolitik die Einbindung der lokalen Bevölkerung in das Management von natürlichen Ressourcen befürwortet, fand diese Einbindung überwiegend im Bereich der degenerierten Wälder statt. Die ZEF-Studie zeigt, dass die herkömmliche Sichtweise „Natur vor den Menschen zu schützen“ immer noch vorherrscht, wodurch leicht Konflikte entstehen. Indien, mit zur Zeit 586 Schutzgebieten, folgt der Definition der Internationalen Union für die Erhaltung der Natur, in der eine als Schutzgebiet ausgewiesene Fläche frei von jeder Art menschlicher Besiedlung oder Ressourcennutzung sein muss. Eine Untersuchung in 222 Schutzgebiete-



Bewohnerin des Bandhavgarh Park sammelt Holz

ten in Indien in den achtziger Jahren ergab, dass drei Millionen Menschen innerhalb der Schutzgebiete wohnten, und dass es in mehr als 20% dieser Gebiete Konflikte zwischen den Menschen und den Forstbehörden gab.

Die Forschung des ZEF analysiert das Ausmaß und die Art dieser Konflikte in einem solchen Schutzgebiet, des Bandhavgarh Nationalparks, der die weltweit höchste Dichte von Tigern aufweist. Während die offizielle Politik die Umsiedlung der im Park lebenden sieben Gemeinschaften in Gebiete außerhalb des Parks vorsieht, bleibt dies aus politischen und wirtschaftlichen Gründen auch 20 Jahre nach Einrichtung des Parks sehr unwahrscheinlich. Die Studie zeigt, dass Existenz und Einkommen der im Nationalpark lebenden Menschen stark von den dortigen Ressourcen abhängen. Über 90% ihres Einkommens erwirtschaften

sie aus den Ressourcen des Parks. Trotz eines ausdrücklichen Verbots, diese Ressourcen wirtschaftlich zu nutzen, stellt der Verkauf von nicht-forstlichen Produkten (non timber forest products, NTFP) wie Früchten und Nüssen die zweitwichtigste Einkommensquelle der Haushalte dar. Außerdem werden die Parkressourcen auch von Menschen, die in den Dörfern außerhalb des Parks leben, intensiv genutzt. Dabei schädigen Viehzucht und das Sammeln von NTFP die Natur im Park am meisten.

Andrerseits entstehen der Bevölkerung durch den Park auch Kosten. Von den Befragten berichteten 56% der Viehbesitzer von Verlusten durch wilde Tiere, 9% der Befragten von Verletzungen oder Tod von Haushaltsmitgliedern und 95% von Ernteschäden. Auf Basis von Interviews mit der örtlichen Bevölkerung und mit Mitarbeitern der Forstbehörde wurden die aus den Mensch-Park-Konflikten entstehenden Managementprobleme analysiert. Das Ergebnis zeigt unklare offizielle Verlautbarungen, widersprüchliche Vorschriften und mangelhafte Überwachung und Durchsetzung vorhandener Regeln auf. Es handelt sich um eine kurz-sichtige Politik, die die zu Grunde liegenden Probleme für Mensch und Natur nur verstärkt. So wird die lokale Bevölkerung durch eine Politik der ständig drohenden Umsiedlung zunehmend verunsichert. Dies kann dazu führen, dass die

Menschen dem Park mehr Ressourcen als bisher entnehmen, da sie möglicherweise nicht mehr von den Konsequenzen betroffen sein werden.

Die Studie stellt fest, dass alternative Naturschutzansätze notwendig sind. Eine solche Initiative ist das Öko-Entwicklungsprogramm der Weltbank. Es unterstreicht, wie wichtig Bewusstseinsbildung und alternative Einkommensquellen sind, um die Menschen unabhängiger vom Park zu machen. Die ZEF-Analyse zeigt, dass Bewusstseinsbildung in der Tat die Einstellung der Menschen zum Park verbessern kann. Unklar ist noch, ob eine verbesserte Einstellung, der Zugang zu alternativen Einkommensquellen und ein höherer Lebensstandard die Menschen wirklich davon abhält, Parkressourcen abzubauen. Eine weitere ZEF-Studie befasst sich mit diesen Fragen. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Menschen die Parkressourcen kaum schonen werden, solange sie keinen Gewinn aus dem Naturschutz ziehen. Dies könnte z.B. dadurch geschehen, dass die Menschen stärker als bisher an Ökotourismusaktivitäten beteiligt oder als Forstwächter eingesetzt werden. ■

Puja Sawhney und Stefanie Engel

Puja Sawhney hat vor kurzem ihre Promotion am ZEF abgeschlossen. Stefanie Engel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZEF. Die Studie wird vom DAAD und der Robert Bosch Stiftung gefördert.

Ethnischer Nationalismus in Serbien

Seit dem Sturz von Slobodan Milosevics Regime im Oktober 2000 finden wir in Serbien eine widersprüchliche Situation vor: Laut Umfragen existieren neben einer großen Offenheit gegenüber dem Westen anhaltende ethnische Vorurteile gegenüber Nicht-Serben, die 30% der Bevölkerung Serbiens ausmachen. Eine öffentliche Debatte über die Rolle Serbiens in den Kriegen der neunziger Jahren gibt es nicht. Kriegsverbrechen werden von den vorherrschenden Medien und Politikern nur thematisiert, wenn es um die Erfüllung serbischer Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Straftribunal für das ehemalige Jugoslawien geht. Dieses wird sehr häufig in erster Linie als ein Mittel zur Bestrafung der Serben wahrgenommen.

Ein deutliches Beispiel für die Instrumentalisierung von ethnisch-nationalistischen Vorurteilen durch die neuen herrschenden Eliten ist die „Kommission für Wahrheit und Versöhnung“, die im Jahr 2001 vom jugoslawischen Präsidenten Vojislav Kostunica gegründet wurde: Die Kommission will lediglich die historischen Gründe für den Kollaps Jugoslawiens und die Hintergründe der nachfolgenden Sezessionskriege analysieren und schließt Experten aus Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo von Ämtern der Kommission aus.

Das vorherige Regime hat eine Kultur des ethnischen Nationalismus gefördert. Diese zu überwinden scheint eine zu komplexe Aufgabe zu sein, als dass man sie ausschließlich der serbischen politischen Führung anvertrauen könnte. Auch in den Kreisen serbischer Nicht-regierungsorganisationen (NRO) wächst das

Bewusstsein, dass sie auch die Menschen jenseits der kleinen intellektuellen Foren erreichen müssen. Im Bildungsbereich wurden durch Projekte, die auf eine Überarbeitung der Lehrpläne für den Geschichtsunterricht abzielen, bereits Erfolge erzielt.

Ein Projekt, das kürzlich von einer NRO aus der serbischen Provinz Vojvodina initiiert und vom Deutschen Marshall Fund unterstützt wird, versucht Bildungsreformen mit einem allgemeinen Aufbau der Zivilgesellschaft in der gesamten Region zu verbinden. Mit dieser Absicht ist eine Konferenzserie unter Beteiligung von Expertenteams zum Thema ‚Nationalismus und Gewalt in der Region‘ in den verschiedenen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien geplant. Diese interregionale Zusammenarbeit soll nicht nur zu einer breiten Berichterstattung in den Medien, sondern auch zu einer grenzüberschreitenden Kooperation zwischen Medienvertretern führen. Das Projekt wurde zwar von Vertretern aus der serbischen Zivilgesellschaft initiiert, bezog aber von Anfang an Teilnehmer aus anderen Ländern Ex-Jugoslawiens mit ein.

Mit derartigen Versuchen könnten wertvolle Anstöße für eine öffentliche Debatte über die kollektive Verantwortung für den Erfolg und den Fortbestand einer ethnisch-nationalistischen Politik in Serbien geliefert werden. ■ Ana Devic

Die Autorin war von 2001-2002 Gastwissenschaftlerin am ZEF und arbeitete in der Forschungsgruppe „Staatenbildung und Ethnische Konflikte“. Zur Zeit lehrt sie an der Universität von Aarhus in Dänemark.

Durchschnittliches Haushaltseinkommen im Bandhavgarh National Park in 2000 (US \$)

AKTIVITÄT	Einkommen mit Eigennutzung	Prozentanteil (Rang)	Einkommen ohne Eigennutzung	Prozentanteil (Rang)
Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten	1.9	1.1 (6)	87.5	19.7 (2)
Verkauf von NTFP	42.5	25.0 (2)	54.2	12.2 (3)
Verkauf von Feuerholz	1.6	0.9 (7)	7.0	1.5 (7)
Viehzucht	35.2	20.7 (3)	206.6	46.5 (1)
Arbeit für die Forstbehörde	44.1	26.0 (1)	44.1	9.9 (4)
Arbeit außerhalb des Parks	13.0	7.6 (5)	13.0	2.9 (6)
Weitere Einkommensquellen	31.5	18.6 (4)	31.5	7.1 (5)
Gesamt	169.8		443.9	

Quelle: Feldstudie 2000-2001

FACTS & NEWS

■ ■ ■ Neue Bewerber für das Internationale Doktorandenprogramm, die nicht älter als 32 Jahre sind, sollten für eine erfolgreiche Bewerbung neben guten Englischkenntnissen ein Master oder Diplom-Abschluss in Wirtschaftswissenschaften, Politischer Wissenschaft, Agrar- und Ressourcen-Ökonomie, Ingenieurwissenschaft, Agrarwissenschaft, Geographie oder Mathematik vorweisen können. Der Notendurchschnitt sollte nicht schlechter als 2,0 sein. Für Nicht-EU-Bürger ist der Bewerbungsschluss für das Doktorandenprogramm der 30. September 2003. Für EU-Bürger läuft die Bewerbungsfrist am 31. Mai 2003 aus. Weitere Informationen

erteilt Günther Manske, docp.zef@uni-bonn.de oder bietet die ZEF-Homepage (www.zef.de)

■ ■ ■ Weltweite Resonanz in den Medien und der Fachöffentlichkeit erhielt eine am 7. Februar 2003 in „Science“ veröffentlichte Studie zu gentechnisch veränderter Baumwolle. Co-Autor Matin Qaim ist Agrarökonom und Wissenschaftler im Bereich Biotechnologieforschung am ZEF. Bei einem Feldversuch in Indien konnte der Einsatz von Insektiziden bei gentechnisch veränderter und damit schädlingsresisten-

ter Baumwolle im Vergleich zu anderen Sorten nicht nur erheblich gesenkt, sondern der Ernteertrag um mehr als 80% gesteigert werden. Weitere Informationen: www.zef.de/news oder Matin Qaim, mqaim@uni-bonn.de

■ ■ ■ ZEF organisiert in Zusammenarbeit mit der „London School of Economics“ eine internationale Konferenz zu Afghanistan vom 30. Mai bis zum 1. Juni 2003 in Bonn. Kontakt und Informationen: Conrad Schetter, c.schetter@uni-bonn.de, Tel. 0228 / 73 4906.

Rescue for the „Wonderbean“ of Ethiopia

Coffee diversity under the microscope

The world's most valued Arabica coffee has its origin in the mountain forests of Ethiopia. There are also wild Coffea arabica populations, which are today still threatened by the logging of the mountain forests. The preservation of the genetic diversity of the wild coffee is for the future of the coffee breeding of greatest importance. Coffee is for many developing countries not only an important source of foreign exchange, but also a source of income. The project „Protection and use of wild coffee populations in the Ethiopian mountains“ will see ZEF both the diversity and the economic value of the wild coffee stocks, as well as concepts for their protection and use. Floristic, ecophysiological, phytopathological and genetic studies in coffee wild populations are visible.

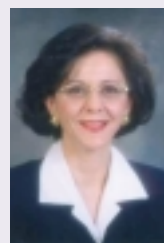
First of all, the project will be supported by the Federal Ministry of Education and Research (BMBWF) and the Federal Ministry of Science and Technology (BMBFT). Detailed information can be found under www.coffee.uni-bonn.de.

Manfred Denich, Detlef Virchow
and Sina Bremer

The authors are project leader, Sina Bremer is scientific assistant at ZEF.



Flowering wild coffee



Standpunkte

The Arabic report on human development (2002) is the first regional development report of the UN Development Programme (UNDP). Rima K. Hunaidi is Jordanian, Vice General-Secretary of UNDP and its Regional Director for the Middle East. She was also Minister of Industry and Trade, Vice Prime Minister as well as member of the Senate and the Economic Council in Jordan.

ZEF: The Arabic Development Report has worldwide a huge media echo. How do the Arab governments react?

Hunaidi: The report was indeed very interesting. It gave a broad report and lively debates in all Arab and Western newspapers and on the radio. (...) The publication of the report in July 2002 was also supported by the Arab League. (...) and it was discussed in various sessions of the League. Arab foreign ministers even set up a committee to evaluate the report, which was composed of independent experts from various Arab states (...).

(...) King Abdullah II has made the report a fixed part of the Jordanian development plan. In Lebanon, Kuwait, the Arab Emirates and in Egypt it was also in the media as well as in government and civil society circles widely discussed. (...) The opinions on the report were correspondingly heterogeneous. Summed up, it can be said that the report in the Arab region has caused many heated debates, but also clearly made it clear that the obstacles to be overcome must be, in order to develop the region further.

ZEF: What is your opinion on the criticism of the report?

Hunaidi: (...) Many criticisms are based on a rather conventional way of thinking, the development political questions are one-dimensional and from a predominantly economic perspective. The Arabic development report places the human in the center. In the analysis of development political opportunities and challenges, he is multi-dimensional and takes into account economic, political, social and cultural factors.

One of the most important implications of this human development perspective is the naming of three deficit development areas in the Arab world: freedom, support for women and knowledge. These are seen as the main causes for the regional underdevelopment, which a purely economic analysis naturally contradicts. It also gave rise to heated criticism of the report, which pointed out the causal link between a development deficit and these three causes. (...)

So it was above all the causal link between

freedom and development criticized. It was also criticized in the report the methodology for the measurement of the factor 'freedom'. The authors of the report had the difficulties in quantifying 'freedom' fully recognized, but despite that, the absence of freedom is a major deficit for regional development. (...) My answer to the criticism is: (...) First: freedom has its own value, independent of utility, which is for a purely economic development perspective. (...) Second: freedom and thus the promotion of democratic action are necessary, in order to bring the future visions of the Arab governments with their populations in line. Only so can politically balanced systems be established, which are a good example of government.

ZEF: How can we build a bridge between research and politics, especially where governments and independent research are in conflict?

Hunaidi: As former minister, I know that it is only possible to build a bridge between research and politics, when all participants (...) pull on the same rope. Governments must be more open to the results and statements of serious research, even if they contradict their own pre-formed opinions. 'Think tanks' and research institutes on their side must in their analyses take into account the needs and requirements of political decision-makers. They should also represent the interests of groups, which are otherwise not taken into account, such as the interests of poor population groups, women and children. Finally, there is the need for independent and impartial support from international and neutral sponsors like the UN Development Programme for political research and for the Arab world. Because it is not possible to build a bridge between research and politics, if the credibility and effectiveness of such research is not strengthened. The Arabic report on human development is a good example for that.

The interview was conducted by Noha el-Mikawy (ZEF). The full text of the interview can be found in the newsletter of the Economic Research Forum (ERF) for the Arab Countries, Iran and Turkey, www.erf.org.eg/nletter/newsletter_sum02/summer.02.htm.



Village scene in Khorezm

Drinking water quality and waterborne diseases in Uzbekistan: a contradiction

In the region of the Aral Sea, the long-term neglect of the environment and the resulting economic decline, the deterioration of water and soil quality, which leads to serious health problems, can be seen. The poor drinking water supply and quality pose a high health risk. The GIS-supported study on the drinking water supply structure and the waterborne infectious diseases" is carried out by ZEF in the framework of the project "Economic and ecological restructuring of land and water use in the region of Khorezm (Uzbekistan)" supported by the Federal Ministry of Education and Research (BMBWF) in close cooperation with the Uzbek government.

The province of Khorezm lies on the Amu Darya river. About 51% of all households in Khorezm take their water from open wells or shallow boreholes, because of the high groundwater level and the lack of a sewerage system with fecal contamination. The microbiological quality of the public network water is during the last decade significantly declining. Since 1999, 37% of the samples exceeded the limit value. In 1999, 62% of the samples exceeded the limit value. The fecal contamination of the drinking water is monitored by the parameter Coliforms and Coliindex. The fact that since 1999 more than 35% of the samples exceeded the local limit value, should be a serious threat to drinking water

borne infectious diseases. Surprisingly, the first results show no increase in these diseases. The cumulative incidence of Hepatitis A cases in the province of Khorezm between 1991 and 2001 was 395 per 100,000 inhabitants.

These changes are possibly the result of the changing disease frequency. Missing data collection by the Uzbek health authorities, the impact of the socio-economic constraints on the health behavior as well as the more important factors. In Uzbekistan, the number of patients in health facilities between 1991 and 2000 fell from 24 to 13 per 100 inhabitants. The total expenditures in the health sector fell from 6% to 3% of the gross social product.

In summer 2003, a household survey and microbiological studies of different drinking water sources were carried out, in order to investigate these relationships more closely. This is a meaningful contribution to the development of improved water management plans for the region, the main task of the project, which can be implemented. ■ Susanne Herbst, Thomas Kistemann and Christopher Martius

Thomas Kistemann is head of the Institute for Hygiene and Public Health of the University of Bonn, Susanne Herbst is scientific assistant at the same institute and participant in the doctoral program of ZEF, Christopher Martius is project coordinator at ZEF.

Neu veröffentlicht

■■■ LUCC Report Series No. 6: „Agent-Based Models of Land-Use and Land-Cover Change.“ Edited by: Dawn C. Parker, Thomas Berger, and Steven M. Manson. ■■■ Understanding land-use dynamics in the context of global change and investigating possible corrective actions at regional and local levels is one cross-cutting theme of research at ZEF endorsed by the Core Science Project on „Land-Use and Land-Cover Change (LUCC)“ of the „International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change“ and the „International Geosphere-Biosphere Programme“. The new LUCC report, to which ZEF made significant contributions, provides a state-of-the-art overview and synthesis of representative LUCC-related agent-based modeling efforts. An electronic version can be downloaded from: <http://www.indiana.edu/~act/focus1/>. A printed copy may be requested on the same website.

Kurz notiert

■■■ ZEF organized in January 2003 in Bonn a workshop on the topic „Afghanistan: From the war economy to economic reconstruction“. Around 30 representatives of non-governmental and government organizations discussed, how the transition from the war economy to reconstruction, democracy and security can be most effectively implemented.

■■■ Thomas Berger, scientist at ZEF, has received a stipendium from the Robert Bosch Foundation in the amount of 435,000 € for a three-year period. He will be part of the research program for young agricultural scientists, which is led by the „Multi-Agent-Systems“ theme.

Fernstudien-Zentrum am ZEF

Im Rahmen des „Global Development Learning Network“ (GDLN) hat das ZEF im Mai 2002 das erste Fernstudien-Zentrum in Deutschland eröffnet. GDLN ist ein weltweiter Zusammenschluss von öffentlichen und privaten Organisationen innerhalb der Weltbank-Gruppe, die mit dem Ziel der Armutsbekämpfung ausgewählte Fernstudienprogramme anbieten. Es beteiligen sich weltweit 28 Fernstudien-Zentren. Das GDLN-Zentrum am ZEF nutzt moderne Technologien, um kosteneffektiv Fernlehre für das Doktorandenprogramm und weltweite Gesprächsforen für Politik, Wirtschaft und Nichtregierungsorganisationen anzubieten. Finanziell unterstützt werden die Fernstudienaktivitäten des ZEF vom Land Nordrhein-Westfalen, dem Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

Die ersten Fernvorlesungen im ZEF fanden im Herbst 2002 statt. Per Video-Liveschaltung diskutierten Dozenten aus Washington D.C. und Cali (Kolumbien) mit etwa 40 Doktoranden über Themen der Entwicklungsforschung. Im Dezember 2002 organisierte die ZEF-Forschungsgruppe „Informations- und Kommunikationstechnologien“ (IKT) den ersten „Globalen Dialog“ des ZEF. In zwei Videokonferenzen wurden Möglichkeiten und Potentiale von IKT für die Armutsbekämpfung zwischen den beteiligten Partnern sowie Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern in Ghana, Tansania, Indien, Usbekistan und den USA diskutiert.

Das ZEF verfügt über drei Räume für Videokonferenzen, mit jeweils Platz für 250 Personen, sowie über ein Computer-Netzwerk, eine Multimedia-Ausstattung und einen Server. Diese Einrichtungen können auch von anderen Organisationen genutzt werden. Informationen: Günther Manske (0228-731794, gmanske@uni-bonn.de).

Günther Manske und Ulrike Grote

Günther Manske ist Leiter des Doktorandenprogramms, Ulrike Grote ist Wissenschaftlerin am ZEF.

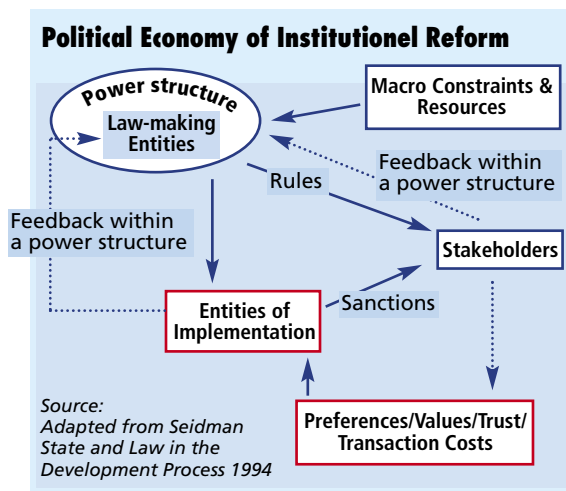
Institutionelle Reformen in arabischen Ländern

Seit den achtziger Jahren finden in mehreren arabischen Staaten wirtschaftliche Reformen statt. Einige Staaten haben ihre Wirtschaftssysteme erfolgreich stabilisiert und schrittweise mit der strukturellen Anpassung und Marktliberalisierung begonnen. Die Reformen wurden dabei durch den Barcelona-Prozess unterstützt, der Marokko, Tunesien, Jordanien, Ägypten, Algerien und der Libanon durch Freihandelsverträge an die EU bindet. Außerdem hat Jordanien einen Freihandelsvertrag mit den USA abgeschlossen, Marokko und Ägypten verhandeln zur Zeit über ein ähnliches Abkommen. Schließlich haben Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien eine gemeinsame Frei-

Die Schaffung eines adäquaten institutionellen Umfelds, das für solche Reformprozesse notwendig ist, gestaltet sich aus zwei Gründen schwierig. Erstens: Der Entstehungsprozess von Gesetzen und Regulierungen ist undurchschaubar, so dass viele Interessenvertreter meist von den Beratungen ausgeschlossen sind. Zweitens: Die Implementierung der Gesetze wird durch eine schlecht funktionierende Verwaltung beeinträchtigt, was zu hohen Transaktionskosten führt.

Obwohl die Beratungsphase von Gesetzen und Regulierungen für die Anpassung der wirtschaftlichen und institutionellen Reformen an die Marktbedürfnisse sehr wichtig ist, wurde sie bisher wenig erforscht.

Das ZEF initiierte daher eine vergleichende Studie in Marokko, Ägypten und Jordanien, die vor allem zwei Aspekte von wirtschaftlichen Reformprozessen untersucht. Zum einen geht es um die Beteiligung von Interessenvertretern an der Entwurfs- und Beratungsphase von Gesetzen und Regulierungen. Die Studie deckt auf, über wie viel politisches und administratives Wissen diese verfügen müssen, um sich aktiv an der Entwicklung von politischen Strategien und Maßnahmen für wirtschaftliche Reformen beteiligen zu können. Zum anderen



handelszone gegründet („Agadir“), und eine größere arabische Freihandelszone ist geplant.

Diese Beteiligung an multilateralen Abkommen erfordert eine tiefgreifende institutionelle Reform von arabischen Wirtschaftssystemen, die durch Protektionismus, einen relativ großen öffentlichen Sektor, eine schwache Produktivität und hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind. Viele arabische Staaten versuchen, ihre Wirtschaftssysteme zu öffnen und die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Märkte zu erhöhen, indem sie zahlreiche neue Gesetze für Arbeit, Wettbewerb, Handel und Investitionen einführen.

sollen Indikatoren entwickelt werden, mit denen sich die Fähigkeit von zivilgesellschaftlichen Akteuren zum kollektiven Handeln statt zum individuellen Lobbyismus messen lässt. Die Studie bezieht sich dabei auf ausgewählte Handelsförderungs- und Investitionsgesetze und wird durch das Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) finanziert. ■ Noha El-Mikawy

Die Autorin ist Wissenschaftlerin am ZEF und Autorin von zwei Büchern über Konsens und institutionelle Reform in Ägypten.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:
Zentrum für Entwicklungsforschung
Universität Bonn
Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
ISSN : 1438-0943
Tel. : 0228 / 73 6124
Fax : 0228 / 73 5097
E-Mail : zef@uni-bonn.de
www.zef.de

REDAKTION: Noha El-Mikawy,
Christopher Martius, Anja Schoeller-
Schletter, Alma van der Veen
V.i.S.d.P.: Alma van der Veen
Layout: Kava-Design,
Irmgard Hofmann, Bonn
Druck: Rautenberg multipress-
verlag KG, Troisdorf
Auflage: 2.600

ZEF news erscheint dreimal jährlich in Englisch und Deutsch und ist kostenlos zu beziehen.